

Die Parlamente werden zunehmend entmachtet und Bürgerbeteiligung wird mehr als Gefahr denn als Lösung gesehen. Die getroffenen Maßnahmen zeigen, in wessen Interesse die Troika handelt: Vom Krisenmanagement profitieren vor allem Banken und Konzerne.

- **Sie ist sozial verheerend.** Dieses neoliberale Krisenmanagement lädt die Lasten der Krise allein auf die Schultern der Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner/innen. In Griechenland und anderen Ländern spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab, die unmittelbar durch das Kürzungsdiktat der Troika hervorgerufen wurde. Die Armut explodiert, Löhne und Renten werden gekürzt, Menschen massenhaft entlassen. Das Gesundheitssystem kollabiert.
- **Sie zerstört die europäische Integration.** Durch die falsche Krisenpolitik gewinnen nationalistische und faschistische Kräfte in Europa wieder Auftrieb. Dies stellt eine große Gefahr für die Zusammenarbeit in Europa dar.

Alternativen sind möglich

Permanent wird uns verkauft, die Krisenpolitik sei alternativlos. Das ist nicht wahr. DIE LINKE hat konkrete Vorschläge, um die akute Krise zu überwinden und Voraussetzungen für den Aufbau eines solidarischen, sozialen und friedlichen Europa zu schaffen:

- **Abschöpfung privaten Reichtums:** Durch die Umverteilung der vergangenen Jahrzehnte wurde in Europa enormer Reichtum angehäuft. Dieser Reichtum kann zur Finanzierung der Krisenkosten und zur Sanierung der öffentlichen Haushalte herangezogen werden. Hierzu bedarf es einer einmaligen europaweiten Vermögensabgabe, einer koordinierten Einführung der Vermögensteuer und einer stärkeren Besteuerung von hohem Einkommen und Profiten. Die Steuerflucht muss endlich effektiv bekämpft werden.
- **Lohndumping beenden:** Höhere Löhne in Deutschland sind eine der besten Hilfen für die Länder in Südeuropa. Dadurch werden die Exportüberschüsse ausgeglichen und damit eine der Krisenursachen behoben. Die Agenda 2010 muss

abgewickelt, Hartz IV abgeschafft und Leiharbeit verboten werden. Ein europaweit koordinierter gesetzlicher Mindestlohn muss eingeführt werden.

- **Staatsfinanzierung von den Märkten entkoppeln:** Die Staatsfinanzen dürfen nicht Spielball von Spekulationen sein. Deshalb brauchen wir als ersten Schritt eine europäische Bank für öffentliche Anleihen, die den Staaten Kredite gibt und sich bei der EZB refinanziert. Selbstverständlich müssen beide Banken demokratisch legitimiert und kontrolliert sowie dem Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verpflichtet werden.
- **Koordinierte Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik:** In der aktuellen Konstellation kann der Euro nicht überleben. Nur wenn es eine europaweit koordinierte Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt, können die Ungleichgewichte unter den Euroländern behoben und Steuerdumping vermieden werden.
- **Sozial-ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm:** Um die Wirtschaftskrise zu überwinden brauchen wir ein europäisches Investitionsprogramm für den sozialen und ökologischen Umbau. So kann die Wirtschaft nachhaltig wiederbelebt und der notwendige sozial-ökologische Umbau begonnen werden.
- **Die Diktatur der Finanzmärkte beenden:** Banken müssen auf ihre Kernaufgaben beschränkt werden. Keine Bank darf „too big to fail“ sein. Zur Vermeidung neuer Bankenkrisen müssen die Banken verkleinert, vergesellschaftet und streng überwacht werden. Gleichzeitig müssen die Finanzmärkte geschrumpft, strikteren Regeln unterworfen und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Ohne eine Kursumkehr wird es zum Zusammenbruch des Euro kommen. Grund hierfür sind vor allem die Konstruktionsfehler der Eurozone. Auch die EU weist große Mängel auf. Zu deren Behebung brauchen wir eine demokratische Neugründung der EU, um so einen Neustart in ein friedliches und soziales Europa zu ermöglichen. Hierfür bedarf es aber auch des Drucks außerhalb der Parlamente. Nur mit einer starken Bewegung gegen die Austeritätspolitik können wir einen Kurswechsel durchsetzen.

Andrej Hunko, MdB, ist Mitglied des EU-Ausschusses des Bundestags sowie der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.



Foto: © Flickr / Images of Money

Andrej Hunko, MdB (V.i.S.d.P.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030/227-79133, andrej.hunko@bundestag.de

Ursachen und Lösungen der Eurokrise

DIE LINKE.
Andrej Hunko, MdB

www.andrej-hunko.de

Seit mehreren Jahren ist die europäische Politik von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Vordergründig geht es dabei darum, dass mehrere Staaten der Eurozone nicht tragbare Schulden haben und deshalb Finanzhilfen der „Rettungsschirme“ EFSF und ESM beantragt haben. Im Gegenzug mussten sie sich zu drastischen Kürzungs- und Strukturanpassungsprogrammen verpflichten.

Keine „Staatschuldenkrise“

Die deutsche Bundesregierung gibt den anderen Mitgliedstaaten der EU die Schuld an der Krise und deutet diese zu einer „Staatschuldenkrise“ um. Sicher: Auch in „Krisenländern“ wie Griechenland, Portugal, Irland oder Zypern gibt es viele hausgemachte Probleme. Korruption und Misswirtschaft sowie das Steuerdumping haben ihren Teil zur Krise beigetragen. Die Stimmungsmache gegen angeblich faule Griech/innen und Schwarzgeldkonten in Zypern soll aber von den wahren Ursachen der Krise ablenken. Die Staaten haben in der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 Banken gerettet und milliardenschwere Konjunkturprogramme aufgelegt. Die Verluste der Banken wurden dadurch sozialisiert und auf die öffentlichen Haushalte übertragen. Dies ist die Hauptursache für den enormen Anstieg der Schulden in der EU. Hinzu kommen Einnahmerückgänge durch die Rezession.

Maßgeblich haben aber auch Konstruktionsfehler der Eurozone zur Entstehung der Krise beigetragen. Denn während in der EU die



Kapitalverkehrsfreiheit vertraglich festgeschrieben ist, gibt es keine koordinierte Wirtschafts- und Steuerpolitik. Die Sozialstaatlichkeit kommt in den EU-Verträgen nur untergeordnet vor und findet keine Beachtung. Dies hat zu einer ruinösen Standortkonkurrenz geführt. Anstatt zu kooperieren, ist der Grundgedanke der EU der weitgehend ungezügelter Wettbewerb. Doch die Konkurrenz unter den Mitgliedstaaten nutzt allein den Banken und Konzernen und geht auf Kosten aller.

Eine weitere Krisenursache sind die Handelsbilanzungleichgewichte. Vor allem Deutschland hat durch konsequentes Lohndumping, Leiharbeit und den Aufbau eines gigantischen Niedriglohnssektors durch die SPD-grüne „Agenda 2010“ hohe Exportüberschüsse erwirtschaftet, d. h. mehr Waren ins Ausland verkauft als von dort gekauft. Dies hat zu einer hohen Auslandsverschuldung der europäischen Handelspartner geführt. Denn des einen Überschüsse sind zwangsweise des anderen Schulden.

Viele EU-Länder verschenken zudem seit Jahren wichtige Einnahmen durch Steuerdumping. Dies liegt an der neoliberalen Konstruktion der Währungsunion und der EU. Anstatt hohe Einkommen und Vermögen zur Finanzierung der Krisenkosten heranzuziehen, wurden diese häufig sogar entlastet. Dadurch ist es zu einer Umverteilung von unten nach oben gekommen: Es gibt immer mehr Reichtum, während die Armut wächst und die öffentlichen Haushalte zusammengekürzt werden.

Falsche Therapie ist Teil des Problems

Die bisherige „Euro-Rettung“ verschlimmert das Problem. Im Gegenzug zu Krediten aus den „Rettungsschirmen“ EFSF und ESM zwingt die Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) die betroffenen Länder zu unmenschlicher Austeritätspolitik. Das bedeutet, dass Sozialausgaben drastisch gekürzt, Löhne gesenkt und Mitarbeiter/innen entlassen werden. Diese Politik, die maßgeblich von der deutschen Bundesregierung forciert und auch von SPD und Grünen unterstützt wird, ist grundlegend falsch:

- **Sie ist wirtschaftlich kontraproduktiv und verschärft die Krise.** Durch die Kürzungspolitik wird die wirtschaftliche Entwicklung stranguliert und die Binnennachfrage bricht ein. Dadurch verlieren die Staaten Steuereinnahmen, weil die Wirtschaft schrumpft. Dieser Teufelskreis führt dazu, dass die Schulden trotz „Finanzhilfen“ und Kürzungen steigen.
- **Sie ist zutiefst undemokratisch.** In der „Euro-Rettung“ werden immer mehr Entscheidungen auf Institutionen verlagert, die keine demokratische Legitimation haben. Das beste Beispiel hierfür ist die Troika: Weder die EU-Kommission noch EZB oder IWF unterliegen demokratischer Kontrolle.

Verwendung der Griechenland-Kredite

